

Saale-Zeitung.

werden die Spaltzeit oder deren Raum mit 20 Pf., solche aus Halle mit 15 Pf. berechnet...

Einunddreißigster Jahrgang.

(Der Abdruck anderer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei dreimonatlicher Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., vierteljährlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Postgebühren...

Nr. 291.

Halle a. d. Saale, Freitag den 25. Juni.

1897.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalangelegenheiten.

Berlin, 24. Juni. Der Kaiser verweilt noch auf der Insel Seligland. Das Befinden des Monarchen ist ausgezeichnet. Seine vorläufige Fattete der Kaiser dem Erbkönig von Preußen...

Sonstiges.

Ob die Regierungskrisis alsbald zur Lösung gelangt oder bis zum August vertagt wird, ist nach den widerprüchlichen Mittheilungen der Presse ungewiss. Vielleicht kommt die Entscheidung pöglig. Wie die 'Post' sagt, hört, ist der Finanzminister von Wiquel gestern nach Köln abgereist...

Der Eintritt des Herrn v. Bütticher wird nach wie vor auf den Umständen gundigst, daß er auf die Rede des Königs am 18. Mai, die in den weitesten Kreisen des Volkes beifälliges Aufsehen machte, die Antwort unterlassen habe.

Der deutsche Gesandte in Kopenhagen, v. Kibleren, ist, der 'National-Zeitung' zufolge, in Berlin eingetroffen. Er begiebt sich dieser Tage nach Kiel, um dort den Dienst als Vertreter des Auswärtigen Amtes während des hiesigen Aufenthalts und der Reise des Kaisers nach Norwegen zu übernehmen.

Der kommandirende Admiral von Knorr ist gestern von Königsberg wieder in Berlin eingetroffen. Dem Admiral v. Knorr ist, nach dem 'Hamb. Korr.', hinsichtlich schon vom Kaiser die Nachfolge für Herrn v. Seyditz angetragen worden.

Parlamentarisches.

Berlin, 24. Juni. Im Herrenhause gelangte heute die Verordnungsliste zur Verlesung. Herr v. Bütticher und Graf Lindow erklärten es für unmöglich, die Vorlage in der Form, wie sie von Abgeordnetenhaus genommen sei, anzunehmen. Der Minister des Innern v. D. erklärte die Erklärung, die Regierung lege den größten Werth darauf, die Vorlage zum Abschluß zu bringen, und werde noch in dieser Session die Vorlage zur anderweitigen Beschlußfassung dem Abgeordnetenhaus zugeben lassen...

Berlin, 24. Juni. Im Abgeordnetenhaus fanden heute Petitionen auf der Tagesordnung. Eine längere und lebhafteste Debatte über die Frauenfrage entpinn sich bei der Verlesung der Petition des Fräuleins Helene Lange und Fräulein Welleren in Berlin, betr. die Zulassung der Frauen zum Besuch der Universitäten. Der Berichterstatter, Abg. Dr. Dietrich (Centrum) beantragte Uebertragung zur Tagesordnung, bei der Fortberanung der Petition über das Herabsetzung des hinausgehenden, Abg. Nitzert hat, die Regelung dieser Frage in Deutschland, entsprechend dem Beispiel anderer Länder, endlich in die Hand zu nehmen und weitestens die Petition der Regierung als Material zu übergeben. Ein Regierungskommissar erklärte hierauf, daß prinzipielle Schwierigkeiten seitens der Regierung nicht erhoben würden, jedoch müsse die Angelegenheit schonend weiter entwickelt werden.

Die gesammte konservative Fraktion des Abgeordnetenhaus und andere Abgeordnete brachten eine Interpellation ein, welche lautet:

Ist die Staatsregierung bereit, mitzutheilen, aus welchen Gründen die Berliner Getreidefrühbörse weder als Börse im Sinne des Gesetzes noch als Markt behandelt wird?

Die Nationalliberalen haben auf die Einbringung einer Interpellation gegen die Schließung der Preispol-Veranstaltungen verzichtet. Zu der konservativen Interpellation schreiben die 'offiziösen', 'Berl. Pol. Anz.':

Die Interpellation verfolgt offensichtlich den Zweck, die Umwandlung dieser Einrichtung in eine Börse im Sinne des Gesetzes oder in einen Preismarkt anzubahnen. Man wird aber Zweifel darüber nicht unterdrücken können, ob der eingeschlagene Weg zum Ziele führt und nicht vielmehr die gerade entgegengelegte Wirkung haben wird. Sicherlich ist unzulässig, die Regierung die Frage der rechtlichen Natur der Berliner Frühbörse bereits Gegenstand eingehender Erörterungen gewesen und man wird sicher in der Annahme nicht fehlgehen, daß die Regierung zu einer bestimmten Auffassung in dieser Richtung bereits gelangt ist. Aber man wird es doch für fraglich ansehen müssen, ob nicht überwiegende Zweckmäßigkeitsgründe dagegen sprechen, durch Beantwortung der Interpellation zu einer naturgemäßen die Gefahr eines scharfen Auseinandergerathens der Gegensätze in sich schließenden parlamentarischen Behandlung der Frage Anlaß zu geben. Soweit bekannt, sind Unterabhandlungen in Gang, welche darauf abzielen, die Berliner Frühbörse in einen öffentlichen Markt umzuwandeln. Erheben hat sich noch die Landwirthschaftskammer der Provinz Brandenburg mit der Frage beschäftigt und Beischüsse in diesem Sinne gefaßt. Es ist zu befürchten, daß eine Erweiterung der Interpellation solchen ausläuferreichen Vorhaben hinderlich sein würde, während es doch im Interesse der Landwirthschaft sowohl, wie des reinen Getreidehandels liegt, daß sie zu einem positiven Ergebnis führen.

Berlin, 24. Juni. Der Reichstag nahm heute in der Schluss-Sitzung das Bundesgesetz mit 188 gegen 113 Stimmen an. Für den Antrag Singer u. Gen., die Konstitutionsvorlage in das Gesetz aufzunehmen, stimmten nur die Sozialdemokraten. Die Beschlusvorlage wurde in 3. Beratung angenommen, ebenso das Gesetz. Der Minister erklärte Graf Posadowski, die Ausgabe für die warme Ausrüstung der Soldaten werde in den nächsten Etat aufgenommen. Eine Gehaltsbeförderung für die Postunterbeamten sei beabsichtigt. Garbort und Lieb forderten, daß endlich auch etwas für die Landwirthschaft geschehe. Nach Lieb hindert der mangelhafte Zustand, der leider durch die Reichsregierung gebe, die Ausführung des Vöhrergesetzes.

Der Bundesrath ertheilte gestern dem Protokoll des Ausschusses vom 19. Juni 1897, betr. die Zollbehandlung der aus dem drittlichen Freizweig eingehenden Postsendungen, und betr. den Antrag des Ausschusses zu dem Entwurfe der Vorschriften, betr. die Kontingentierung der Brennerzölle für die Kontingentperiode 1898/1903 seine Zustimmung. Ferner erklärte der Bundesrath sein Einverständnis mit dem Reichstagsbeschlusse, betr. die Herstellung eines Präsidialgebäudes für den Reichstag und verlegte dem Beschlusse des Reichstags wegen Abänderung des Wahlgesetzes für den Reichstag - Diktandenantrag - die Zustimmung.

Wiesbaden, 24. Juni. Es liegt jetzt das Wahleresultat aus sämtlichen 106 Orten des Wahlkreises vor. Demnach haben erhalten: Wintermeyer (frei. Volksp.) 13,606, v. Jäger 8479. Das Mehr für Wintermeyer wird nominell in Wiesbaden den freiwähligen Wählern, das sind die bei der Hauptwahl sämigen Wähler, zugesprochen.

Stettin, 24. Juni. Der der Kammer gestern zugegangene Gesetzentwurf, betr. die Abschaffung der Lebens-

länglichkeit der Ortsvorsteher schlägt eine schwebige Wahlperiode vor; auch die bisherigen Ortsvorsteher haben sich nach zehnjähriger Amtsdauer einer Neuwahl zu unterwerfen.

See- und Marine.

Die in einzelnen Blättern aufgetauchte Meldung, daß die allgemeine Einführung eines neuen Infanteriegewehrs beschloffen und eine größere Bestellung bereits erfolgt sei, wird vom 'Leipz. Tagebl.' bestritten. Im sächsischen Armeekorps sei, wie in anderen, ein Dantion bereits zum Messerfertigen mit einem Gewehr neuesten Modells beauftragt, dessen Hauptvorzüge in noch kleinerem Kaliber als dem bisherigen und in einem Mechanismus bestehen soll, der alle Uebervorrichtungen, außer der Fällung des Magazins, selbstständig besorgt. Allem Anschein nach ließe sich wieder eine völlige Ueberbauung der Infanterie bevor.

Ueber die neue deutsche Artilleriebewaffnung äußert sich eine französische Stimme in der letzten Nummer des 'Alceste Militaire' wie folgt:

Es ist heute kein Geheimniß mehr, daß ein Theil der deutschen Artillerie jedoch neue Schnellfeuergeschütze erhalten hat. Das Ueberwachen an der Spitze oder ist, daß Deutsche Land- und Seeartillerie schon seit längerer Zeit sich mit der Anschaffung von Schnellfeuergeschützen anzuwenden. Wir wissen nicht, ob sich die Besuche auf Übernahme von Uebungen mit dem neuen Schnellfeuergeschützen erwidern, dagegen berichtet man uns, daß der Kaiser die Unvollständigkeit der Artillerie dazu beunruhigt habe, um mitzutheilen, daß er Befehl gegeben habe, vier Armeekorps mit dem neuen Geschütze auszurüsten. Der Kaiser habe femer sogar noch hinzugefügt, daß alles für die Ausbildung sämtlicher Korps vorbereitet sei. Er steigerte seine Vertraulichkeit noch so weit, mitzutheilen, daß die Vorbereitungsarbeiten bis 1899 zurückzuführen. Mit Befriedigung wurde die Ueberholung der Artillerie, besonders der französischen und russischen Offiziere, wahrgenommen, welche jetzt erst erfahren, daß das neue Material nicht nur angenommen, sondern in einzelnen Armeekorps bereits in den Dienst getreten ist. Es ist ein, daß diese nützliche Art der Mittelstellung nur wenig nach dem Ueberwachen davon war, auch ist, sogar ein Notenanstand zwischen dieser Nacht und Frankreich stattgefunden haben, welche besagte, die Antwort auf diese neue Art von Herausforderung (!) zu finden.

Der 'Frei. Ztg.' bestätigt, daß diese Vorstellung der Geschütze vor dem Militärattaché thatsächlich stattgefunden hat, und zwar unmittelbar vor der Verhandlung in der Budgetkommission des Reichstags über den betr. Nachtragset. Ebenso ist es richtig, daß die Parteien des Reichstags schon seit Anfang Dezember über die Sachlage vollständig unterrichtet waren. Gleichwohl haben die Oppositionsparteien alle offiziellen Angriffe über die 'materianlosen Geschütze' wegen der Abweisung der beiden Kreuzentwürfe über sich ergehen lassen, ohne während dieser Zeit bei der Reichstags-Sitzung am 26. Mai die Thatsache ihrer Berechtigung zu den kolossalen Artillerie-Bewilligungen auch nur anzudeuten.

In Bezug auf die Trauerfeierlichkeiten, welche von den Reichsvereinen, wie auch von anderen, nicht militärischen Vereinen, in diesem Monat herabgetragen werden, nach dem Begräbnis geschloffen unter Maximilian erfolgt, haben jetzt die Informirten entschieden, daß sich solche Trauerfeiern als einheitliche Handlungen darstellen und sich nicht in zwei Theile trennen lassen, von denen der eine als Trauerfeierlichkeiten, der andere als Anstand anzusehen ist. Solange jedoch die vollständig geschloffen sind, die Feierlichkeiten, gleichviel, ob sie von Krieges- oder anderen Vereinen veranstaltet werden, ohne Unterschied keine Stempelfeiern zu haben werden.

Wahlwirthschaftliches.

Nach dem amtlichen Saaenfaßungsberichte für die Mitte Juni sind gegenüber denselben Monat des Vorjahres bei acht Früchten die Noten günstiger, bei dreien gleichlautend und bei keiner schlechter.

Am die genauesten Kohlenverhältnisse, die in Gegend, wo Bergbau auf Kohlen und insbesondere auf Steinkohlen betrieben wird, durch den Zuang zum Steinkohlen von Sicherheitsstellen zum Schaden des Nationalwohlens und des öffentlichen Wohles notwendig entstehen, thümlich zu bestrafen, haben die Minister der öffentlichen Arbeiten, für Handel und Gewerbe, und des Innern folgende Bestimmung getroffen: 1. Die Ortspolizeibehörden sind anzuweisen, in allen Fällen, wo in Gegend mit Kohlenbergwerken oder in Anlagen für einzelne Straßen und Strobenwerke oder Wohnungsanlagen festgesetzt werden sollen, die Pläne zur Erstellung der Bestimmung der Bergwerksbesitzer zur Kenntnisaufnahme von 2. Juli 1875 als im öffentlichen Interesse liegend eine Verfügung auch von kommunalen Behörden ausstatten und etwa geltend zu machende Einwürfe angeordnet werden können. 2. Es wird femer darauf hingewiesen, daß in Gegend mit Kohlenbergwerken betrieben nicht nur die Aufstellung von Wohnungsplänen, sondern insbesondere auch die Einführung nach Anlage der Bestimmungen des 3. Juli 1875 als im öffentlichen Interesse liegend eine Verfügung auch von kommunalen Behörden ausstatten und etwa geltend zu machende Einwürfe angeordnet werden können. 2. Es wird femer darauf hingewiesen, daß in Gegend mit Kohlenbergwerken betrieben nicht nur die Aufstellung von Wohnungsplänen, sondern insbesondere auch die Einführung nach Anlage der Bestimmungen des 3. Juli 1875 als im öffentlichen Interesse liegend eine Verfügung auch von kommunalen Behörden ausstatten und etwa geltend zu machende Einwürfe angeordnet werden können.

Bewaltung und Reichsbesitzer.

Folgende Stedterträge gegen Romann-Schumann erklärt der Unterrichtsminister bei dem Berliner Verwaltungsgericht I. Gegen den unten bezeichneten Schriftsteller Wilhelm Friedrich Ernst Schumann, genannt Romann-Schumann, geboren am

31. Mai 1883 zu Flossenbagen, welcher fichtlich ist die Unter-
suchung wegen wiederholter Weisheitsbeilegung verhängt.
Es wird eruiert, den v. Schumann zu verhaften und in das
Untersuchungsgefängnis hier, Alt-Markt 12, abzuführen.
Verurteilung: Alter 44 Jahre, Natur: isländ. Größe: 1 Meter
75 Centimeter. Haare: dunkel.

Parteienadvokaten.

Der folgende Konterpartie Beteiligte ist der
* Sozialdemokratische "Schirmertribüne" auf den Reaktions-
stisch gewest:

Bohlerlein der deutschen
Konfessionen. Berlin W. 9
Kathener Straße 3 part.
Datum des Postempfs.

Enur.

erliche ich erachten, die Ihnen vor einiger Zeit zugegangene
Bitte um Gewährung eines einmaligen Beitrages von so-
möglich nicht unter 100 Mark, nicht unbefriedigt lassen zu
wollen, da die gegenwärtig verfügbaren Summen nicht aus-
reichend um der Beteiligung die Erfüllung der ihr über-
tragenen Aufgaben zu ermöglichen.

Der Konterpartie der Beteiligung und des Bohlerleins
der deutschen Konfessionen
Hr. von Mantuffel-Grosvenor.

Der Inhalt dieses Briefes deutet darauf hin, daß die kon-
servative Parteiliche sich in großen finanziellen Nöthen be-
findet. Es muß aber gleichzeitig davon überzeugt sein, daß
ihre Parteiliche, also speziell die agrarischen Kreise, nichts
weniger als zufrieden sind, denn sonst hätte sie sich schwerlich
auf einen so hohen Minimalbeitrag eingelassen.

Preussischer Landtag

Abgeordnetenhaus.

99. Sitzung vom 24. Juni, 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen nur Petitionen.

Eine Anzahl Petitionen, betr. die Ausführung und Abänderung
des Kommunalwahlgesetzes, werden auf Antrag Lagerhaus
(Ztl. Vp.) der Erklärung, daß die Petitionen in engen Zusammen-
hang mit dem noch nicht zur Beratung gelangten Antrag
Weberhofs stehen, von der Tagesordnung abgesetzt.

Eine Petition um Abänderung des § 33 des Kommunal-
wahlgesetzes vom 1. Juli 1882 behandelt die Kommission
durch Uebertragung an den Ausschuss, Abg. v. Gumb
beantwortet Ueberweisung als Material. Das Haus beschließt
gemäß dem Antrag Gumb.

Ueber die Petition betr. die Zulassung der Frauen zum Besuch
der Universitäten befragt die Kommission zur Tagesordnung
überzugehen.

Abg. Richter (Ztl. Vp.) spricht sein Bedauern darüber aus,
daß man den Universitätsstudium der Frauen leider in Deutsch-
land allein unter allen Kulturstaaten sich hartnäckig widersetze.
Weber führte eine Anzahl von Autoritäten an wie Emil von
Widenbruch, Anton von Werner, die Professoren Maxm.
Schulhoff, Schmöller, die das Universitätsstudium der Frauen
billigend urtheilen. Der Staatsminister habe in der Ver-
sammlung vom 16. Juli 1886 die Angelegenheit leider der Ent-
scheidung der Universitäten überlassen, so daß die Frauen in
jedem einzelnen Fall auf die Gnade der Professoren
angewiesen seien, ob sie die Genehmigung erhalten wollten.
Man dürfe die Frauen nicht beherrschen auf einzelnen Berufs-
arten, die, wie man sagt, der besonderen Eigenart der Frauen
entspreche, es müsse freie Bahn für Männer und Frauen ver-
langt werden, dann werde sich zeigen, was die Frauen zu leisten
vermögen. In allen anderen Kulturländern sei die Frage schon
seit Jahrzehnten gelöst, einzig und allein in Deutschland sei
man rückständig auf diesem Gebiete. Weber beantragt Ueber-
weisung als Material.

Geheimrath Dr. Schmidt erklärt, daß die Unterrichts-
verwaltung der vorliegenden Frage mit größtem Wohlwollen gegen-
überstehe. Eine große Anzahl von Frauen sei gegenwärtig zum
Studium an den Universitäten zugelassen, ferner eine Anzahl von
Damen zum Doktorgrad. Die Entschlüsse, die sich bisher
günstig gestaltet, befände sich freilich erst im Stadium des Be-
trachtens. Am die Sache endlich zu regeln, müsse man abwarten,
da eine Klärung eintreten liege.

Abg. Dr. Lagerhaus beantwortet lebhaft den Antrag Richter,
in dem er für vollständige Gleichberechtigung der Frauen ein-
tritt. Wenn man die Frauen in der öffentlichen wie die Männer
betrachte wegen Geschlechtsunterschieden, so sei es nur billig, daß
die Frauen auch die gleichen Rechte erhalten.

Nachdem die Abg. Dr. Zettler (nl.), Dr. Gerlich (nl.) und
v. Gumben (nl.) den Antrag Richter beantwortet, wird derselbe
abgelehnt.

Verchiedene Petitionen, betr. die Kommunalverpflichtung der
Beamten, beantragt die Kommission theils als Material zu
überweisen, theils durch Uebertragung zur Tagesordnung zu er-
heben.

Abg. Dr. Lagerhaus (Ztl. Vp.) hält es für eine große Un-
gerechtigkeit, wenn die Nationalität angelegten Gemeindevor-
sitzer zu Kommunalabgaben herangezogen werden. Weber weist auf
die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes hin, nach welcher
Nationalität Angelegte keine Beamten sind, die auf Position An-
spruch haben. Wenn nur die Gemeindevorstellungen nach
diesem Grundsätze verfahren, so erklärt er als Stütz-
punkt vornehmlich der Nationalität der Beamten, was die
Regelung der Kommunalverpflichtung, daß die Stützpunkt
keinen Arbeiter entlasse, der dauernde Bezüge erhält, ohne ihn
schonlos zu halten.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Eine große Anzahl Petitionen von liberalen und unteren
Verdienstbeamten um anderweitige Bemessung der Dienstzeit,
anderweitige Festsetzung des Gehalts, Anstellungsvortheile u.
w. wird zum Theil nach den Kommissionsanträgen durch Uebertragung
zur Tagesordnung erlegt.

Eine Petition um unentgeltliche Ueberlassung der zur An-
legung einer Verbindungsstraße zwischen der Straße Am
Fingergarten und der Königsbergerstraße erforderlichen
Grundstücken seitens des Kronbesitzes und des Steuerbesitzes an die
Stadt Berlin wird der Regierung als Material überwiehen.

Nach Erledigung einiger Petitionen von nur lokalem Interesse
berathet sich das Haus am morgen 12 Uhr. (Interpellation
v. v. Gumben, betr. die Zwangsbeiträge gegen die Produktions-
besitzer) betr. die Zwangsbeiträge aus Forderungen
landwirtschaftlicher Kreditanstalten, mehrere Vorlagen, Peti-
tionen.

Schluß nach 4 Uhr.

Verrenhand.

22. Sitzung vom 24. Juni, 2 Uhr.

Am Ministerialrat, Hr. v. Richter, ist die Beratung und
Beschlußfassung über die Vereinsgesetzgebung.

v. Richter: Wenn ich über diese Vorlage mich äußere, so
erwarte ich eigentlich der Regierung keinen guten Dienst, da bei
der ungenügenden Unvollständigkeit meines Wissens dadurch die
Vorlage in manchen Kreisen nicht wohl empfunden wird. Aber
nachdem ich 10 Jahre meines Lebens nicht weniger
Fragen gewidmet habe, ist es gewissermaßen eine Berufspflicht,
nicht jetzt auch hier zu schweigen. Jedemfalls kann man nicht
sagen, daß die Regierung nicht loyal ihr Verprechen in Bezug
auf das Vereinsgesetz erfüllt hat. Es war ganz richtig, daß sie

ausgleich die ganze Frage der Revision des Vereinsgesetzes an
regeln verurtheilt, die Staatsregierung verurtheilt die höchste An-
erkennung, daß sie den nach dem Sozialistengesetz fallen gelassen
haben wieder aufgenommen hat, aber verurtheilt sie die höchste
Anerkennung, daß sie die Frage nicht mehr als ein
nicht mehr aus der Welt verschwinden, sondern, wenn sie jetzt auch
nicht gelöst werden sollte, immer wieder, sei es von der Regierung,
sei es von uns, neu angeregt werden. Das Gesetz ist leider in
einer sehr verfallenen Gestalt an uns gelangt, Humbert-
entwende hat verurtheilt, daß es nicht mehr als ein
man den von den Linksparteien drohenden Gefahren mit ver-
schärfen Armen zusetzt. Wir wollen es nicht machen, wie
andere Staaten, die erst mit Gewaltmaßregeln kamen, als die
Gefahr herabgedrungen war. Wir müssen prophylaktisch vor-
gehen. Nach Anhebung des Sozialistengesetzes hat die Gefahr
wahrnehmbar abgenommen. Ich glaube heute noch, daß das
Sozialistengesetz dazu gedient hat, verhältnismäßig ruhige und
ordentliche Zustände zu schaffen, wenn es auch nicht imstande
war, die Sozialdemokratie ganz zu unterdrücken. Es ist ein
verhängnisvoller Irrthum, zu glauben, die Sozialdemokratie
habe zwar an Breite ab-, aber an Intensität abgenommen.
Sie ist noch gerade so revolutionär wie früher und geht nur
nicht mit Gewalt vor, weil Vorherrscher der bessere Theil der
Tasche ist. Sie ist nur taktisch vorzichtiger geworden. Man
sagt nun, man könne eine geistige Bewegung nicht mit Macht-
mitteln unterdrücken. Aber die Sozialdemokratie ist gar keine
wissenschaftlich legitime Partei. Wenn es ihr um noch ge-
längere Herrschaft über die Welt geht, so wird sie doch ge-
wärtig den Anfang zum Ende; dann geht es nicht mehr ohne Gewalt-
mittel. Das sollten doch die Gegner des Gesetzes bedenken.
Der Zeitpunkt ist seiner letzten Form gemäß durchaus nicht.
Wir verlangen mehr. Der Zeitpunkt der Regierung allerdings
ist in alle Verhältnisse abgemessen, es wird die Zeit kommen,
das Gesetz nur auf die Linksparteien zu beschränken, dann
würden wir hier eine impotente Mehrheit für das Gesetz be-
kommen und im Abgeordnetenhaus auch große Ansätze haben
und dort mindestens eine an Mehrheit grenzende Minderheit
bestimmen. (Beifall.)

Uebertragener v. Giese erklärt, daß ein großer Theil seiner
politischen Freunde bei der Ansicht, daß dem State ein Mittel an
die Hand gegeben werden müsse, um den Linksparteien wirksam
entgegenzutreten. Vor allem müssen die Minderjährigen vor
Verführung geschützt werden und unbedenklich ins Meer treten.
Die Sozialdemokraten bringen in das wirtschaftliche Leben den
gelehrten Kampf, den sie mit den Linksparteien führen, um
den Kampf nur auf den Kampfverstand zu erlernen. Derselbe
habe wirtschaftlich den Arbeitern nichts genützt, aber den
Sozialdemokraten viele neue Anhänger gebracht. Die Sozial-
demokraten besitzen eben die wirtschaftlichen Gegenstände zu
ihren politischen Zwecken. Um das zu verhindern, müssen den
Linksparteien die Mittel an die Hand gegeben werden, die sie
empfehle sich eine Kommissionsberatung. Das Abgeordneten-
haus müsse dann den Beschlüssen des Herrenhauses folgen.
(Beifall.)

Herr Ministerpräsident hält das Gesetz, wie es an das Her-
renhaus gekommen ist, für einen Fortschritt gegenüber dem Vorjahr.
Alle von dem Herrscher des Gesetzes ausgesprochenen Gründe
sind nur, daß dieselben das Recht der Sozialdemokratie entweder
nicht verstanden oder im Namen der liberalen Schlagwörter
gehandelt hätten. Letzteres könne vor allem bei den National-
liberalen der Fall gewesen zu sein, deren Haltung ihm ganz
unverständlich geblieben sei. Er würde sich nicht mit einer
Scheidung des Mittelstandes abgeben, wenn nicht möglich, wenn
nicht die Linkspartei entgegengetreten wäre. Ausgegangen
sei die Bewegung gegen das Gesetz wieder von den großen
Städten, die doch eigentlich am meisten Grund hätten, die
Sozialdemokratie zu bekämpfen. So, lange man, eins der werten-
vollsten Rechte der Arbeit, das Recht der freien Gewerkschaft,
den Gehalt. Aber wie steht es mit diesem Rechte in den großen
Städten? Die Sozialdemokraten seien dort doch die größte
Gefahr für dieses Recht, da sie mit Gewalt ihnen unheimliche
Verklammungen föhren und zur Auflösung bringen. Auf dem
Landes lebe man noch in lediger Fährde und Frieden mit den
Linksparteien. Man müsse aber schon davon absehen, daß
besonders bei den Reichstagswahlen und gegen die Arbeiter
gegen die Arbeitgeber und um letztere ständen dem völlig recht-
und schuldig gegenüber. Auf dem Lande, wo man nicht die
Schwärmerei so bei der Hand habe, wie in den Städten, würde
es, wenn das so nicht geht, auf Woch und Woch kommen.
Nach dem vorliegenden Stande, die Linkspartei, werden in
aus praktischen Gründen darin, daß das Gesetz im Sinne der
Rechtsliberalen Anträge gegen die Linksparteien amendirt werde.
Jedoch wünsche er dann auch eine Erklärung von der Regie-
rung, daß sie das Gesetz dann auch weiter noch im Abge-
ordnetenhaus wieder verhandeln lassen werde. (Beifall.)

Uebertragener v. Giese erklärt, daß ein großer Theil seiner
politischen Freunde bei der Ansicht, daß dem State ein Mittel an
die Hand gegeben werden müsse, um den Linksparteien wirksam
entgegenzutreten. Vor allem müssen die Minderjährigen vor
Verführung geschützt werden und unbedenklich ins Meer treten.
Die Sozialdemokraten bringen in das wirtschaftliche Leben den
gelehrten Kampf, den sie mit den Linksparteien führen, um
den Kampf nur auf den Kampfverstand zu erlernen. Derselbe
habe wirtschaftlich den Arbeitern nichts genützt, aber den
Sozialdemokraten viele neue Anhänger gebracht. Die Sozial-
demokraten besitzen eben die wirtschaftlichen Gegenstände zu
ihren politischen Zwecken. Um das zu verhindern, müssen den
Linksparteien die Mittel an die Hand gegeben werden, die sie
empfehle sich eine Kommissionsberatung. Das Abgeordneten-
haus müsse dann den Beschlüssen des Herrenhauses folgen.
(Beifall.)

Minister v. v. Richter: Es wird wohl zur Klärung der
Sache beitragen, wenn ich die eben an mich gerichtete An-
frage klar und deutlich beantworte. Ich bin in der Lage,
wie vom Vortrager ausgesprochenen Zweifel durchaus zu be-
seitigen und ich nach jeder Richtung hin zu beruhigen. Die
Regierung legt den allergrößten Werth darauf, die
Reform des Vereinsgesetzes in ein in letzter ge-
haberrischen Absicht entgegengesetztes Wege zum Ab-
schluß zu bringen. Sie wird daher, falls aus den Ver-
hältnissen dieses Hauses, wie ich hoffe, ein derartiger Geset-
sentwurf hervorgeht, dem Abgeordnetenhaus noch in
dieser Session zu einer anderweitigen Beschluß-
fassung hierüber Gelegenheit geben. (Beifall.)

Hr. v. Mantuffel: Am Reich ist ein Sozialistengesetz nicht
durchgeführt, deshalb müssen die gelegentlichen Körperverletzungen
der Einzelstaaten in die Schranken treten. Es ist bedauerlich,
daß die anderen Parteien sich immer noch nicht entschließen
sollen, bei solchen Verhältnissen mit Sozialdemokraten ab-
zusprechen. Könnten sich die Liberalen entschließen, lieber einen
Konventionen zu wählen als einen Sozialdemokraten, so würden
wir viel weiter kommen. Ich frage mich über die Erklärung des
Ministers. Es wäre traurig, wenn das Gesetz nicht mehr aus
Abgeordnetenhaus gelangen würde.

Uebertragener v. Giese: Der Entwurf ist ein
bedauerliches Kind, denn wenn ich auch nicht daran zweifle, daß
hier ein Gesetz im Sinne der Rechtsliberalen zustande
kommt, so habe ich es doch nach den Erfahrungen der Führer
der Nationalliberalen nie ausgehoben, daß das Abgeordneten-
haus dem zustimmt. Es wäre bedauerlich das Gesetz ein-
mal abzulehnen.

Hr. v. Mantuffel: Die große Mehrheit des Reichstages wollte
das Sozialistengesetz in einem dauernden Gesetze, es ist nur
daran geblieben, daß die Nationalliberalen den Ausweisungs-
paragrafen nicht wollten und daß die Konventionen infolge
eines unvorhergesehenen Bruches des Fürsten Bischoffs das Gesetz
in drei Parteien zerlegte. Die Regierung hat die
Verpflichtung in durchaus loyaler Weise eingehalten, denn aus der
Erklärung des Reichstages geht doch nicht hervor, daß
der Paragraph 8 des Vereinsgesetzes ohne Kompensationen auf-
gegeben werden sollte. Wenn der Abgeordnete Richter in seiner
von Majestätsbeilegungen triebenden Reichstagsrede behauptet,

daß meine Auffassung für die Regierung nicht möglich sein
kann, so ist es gegenüber der Thatlage, daß die äußerste Rechte
die äußerste Linke die Erklärung des Reichstages in be-
stimmten Maße angeht haben, doch einfach Schandhaft, jetzt das
Gesetz zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen? Das ist doch eine
Gegenheit zu belohnen und es so herabzusetzen, was die
Regierung nicht Thun gehalten. Wir brauchen Mittel zur Be-
kämpfung des Linkspartei. Glauben Sie, daß die Sozialdemokraten
vor 10 Jahren gewagt hätten, einen Antrag auf Aufhebung des
Majestätsbeilegungsparagrafen zu stellen?

Bernisfische.

Bernisfische. Nach dem Hf. Anker hat die in Wiesbaden bestehende Wittwe des Hauptmanns v. Freytag den Berlin-Brandenburger Seifensieder-Verein für Kaugummi und dem Gangelhagen-Johannessen in Berlin je 10,000 M. der Inhalt dieser Seifenfabrik nicht durchbrochen. Die Seifenfabrikanten-Aktionen liegen von 5000 bis 10,000 Mark bemerkt.

Bernisfische Schiff. In England ist ein großer Besorgnis über das Schiff „Sealar“. Von dem Schiffe befinden sich 80 junge Leute zur Ausbildung; es ist auf dem Wege nach Portsmouth. Bernisfische bisher nicht durchbrochen. Die Seifenfabrikanten-Aktionen liegen von 5000 bis 10,000 Mark bemerkt.

Unfallfische und Verbrechen. Vor dem Stadthof in Palermo wurde ein junger Metzger ermordet. Aufgehoben, nach dem Mord wurde der Mörder nicht durchbrochen. Die Seifenfabrikanten-Aktionen liegen von 5000 bis 10,000 Mark bemerkt.

Personennotizen. In München starb der Gehelme Leutnant, Hans- und Staatsarchivar Dr. Ludwig Ritter von Traut. Seit acht Tagen ist der italienische Dichters Tommaso Samara aus Rom verstorben. Man berichtet ein Verbrechen oder einen Unfallfisch. Bernisfische bisher nicht durchbrochen. Die Seifenfabrikanten-Aktionen liegen von 5000 bis 10,000 Mark bemerkt.

Verkehrsnachrichten.

Schiffahrt. 24. Juni. Die am 22. d. M. von Dover abgegangene „Walden“ ist als erste der Dampfer in Sicht gekommen. Das Schiff hat sich nach dem Unfallfisch nicht durchbrochen. Die Seifenfabrikanten-Aktionen liegen von 5000 bis 10,000 Mark bemerkt.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Saatensand in Deutschen Reiche. Dem „Reichsanzeiger“ zufolge stellt sich der Saatensand in Deutschen Reiche um die Mitte des Juni wie folgt: Winterweizen 2 1/2, Sommerweizen 2 1/2, Wintergerste 2 1/2, Sommergerste 2 1/2, Hafer 2 1/2, Kartoffeln 2 1/2, Klee 1 1/2, Weizen 2 1/2. Und zwar bedeutet hierbei 1 sehr gut, 2 gut, 3 mittel, 4 gering, 5 sehr gering. Das im Laufe der Berichtsperiode eingetretene warme Wetter hat die Entwicklung der Feldfrüchte und Weizen sehr begünstigt. Die günstige allgemeine Urtheil gilt aber nicht in ganzem Maße für einzelnen Bezirke da in manchen Gegenden die Entsaaten durch Nachfröste und Wolkenbrüche geschädigt sind.

Saatensandbericht für Oesterreich nach dem Stand in der zweiten Hälfte des Juni: Die günstigere Witterung hat theilweise die durch das schlechte Wetter verursachten Schäden wieder gut gemacht. Die geringen Weizen, versprechen einen Mittelertrag. Gerste und Hafer zeigen zum mittleren Ertrag, Mais steht zumelastig, Raps theils günstig, theils minder günstig. Zuckerrüben leiden vielfach durch die Verkrustung des Bodens, durch Insekten und Unkraut sowie auch durch Wurzelbrand; die Entsaaten sind indessen nicht gerade so ungünstig, vorausgesetzt, dass eine baldige Durchführung der rückständigen Kulturarbeiten möglich wird. Der Weinstock zeigt sich meist befriedigend, doch ist fast überall die Peronospora schädlich aufgetreten.

Der Betrieb der Bochumer Bergwerks-Gesellschaft ergab im Mai einen Verlust von 12,370 M. Es hängt dies mit dem früheren Wasserdruck zusammen.

Waren- und Produktionsberichte.

Halle, 24. Juni. (M. H. 100 kg.) Preise für netto 100 kg. Kaiser-Aurzug 25,00 bis 28,25 M., Weizenmehl 01/20 bis 23,00 M., Weizenmehl 01/17 bis 21,00 M., Futtermehl 11,00 bis 12,25 M., Roggenmehl 9,00 bis 10,00 M., Weizenklein 5,25 bis 6,00 M., Weizenklein 5,00 bis 5,25 M., Haideisen 20-30 M. Der Vorstand des Mehlvereins.

Schlachtviehmarkt im städtischen Viehhof zu Halle.

Table with columns: Zum Verkauf stehende, Preise f. 50 kg. a Lebend, b Schlachtgewicht, var., result. Rows include 23 Rinder, 23 Kalber, 150 Schweine, etc.

Gangfütterung: mittelmäßig. — **Gesamt- Auftrieb dieser Woche:** 10 Rinder (davon 10 Ochsen, 1 Färse, 4 Kühe, 7 Bullen), 67 Kalber, 10 Hammel, 514 Landweine, zusammen 477 Schlachttiere. Goitz.

Getreide.

New York, 24. Juni. (Telgr.) Rother Winterweizen nominell, Weizen Juli 76 1/2, Sept. 70 1/2, Dez. 71 1/2, Mais Juni 29 1/2, Juli 29 1/2, Sept. 31 1/2, M. H. 21 1/2, Getreidefrucht 2 1/2.

Chicago, 24. Juni. (Telgr.) Weizen Juni 70 1/2, Juli 70 1/2, Mais 24 1/2, Gerste 24 1/2, Hafer 24 1/2.

Paris, 24. Juni. (Schluss) Rother Weizen 88 1/2, loco 24 1/2, Weizen Zucker rubig, Nr. 3 per 100 kg per Juni 25 1/2, per Juli 25 1/2, per Okt. 27 1/2, per Jan. 27 1/2.

Antwerpen, 24. Juni. (Schlussbericht) Raffinirtes Tyre weiss loco 16 bis 20 Br. per Juni 16 Br. per Juli 16 Br. Rubig loco 16 bis 20 Br. per Juni 16 Br. per Juli 16 Br.

Berliner Börse vom 24. Juni. (Ergebnis zu den Notierungen im gestr. Abendblatt.)

Table with columns: Bank-Diskonto, Deutsche Fonds- u. Staatspap., Ausländische Fonds, Industrie-Aktien. Lists various financial instruments and their prices.

Deutsche Eisenb.-Prior.-Oblig. Table listing railway bonds and their values.

Deutsche Eisenb.-St.-Prior. Table listing railway stocks and their values.

Deutsche Eisenb.-Aktien. Table listing railway shares and their values.

Deutsche Eisenb.-St.-Akt. Table listing railway stocks and their values.

Deutsche Eisenb.-St.-Akt. Table listing railway stocks and their values.

Deutsche Eisenb.-St.-Akt. Table listing railway stocks and their values.

Geldmarkt. Oelo. Geldmarkt.

Table with columns: Waarenstände, Saale und Unstrut, Moldau, Isar, Eger, Elbe. Lists market prices for various goods.

Table with columns: Schiffverkehr und Frachttar. Lists shipping rates and freight prices.

Table with columns: Bank-Aktionen. Lists bank shares and their values.

Table with columns: Bergwerks u. Hütten-Ges. Lists mining and smelting company shares.

Table with columns: Leipziger Börse, 24. Juni. Lists Leipzig market prices.

Table with columns: Div. Eisenb.-Stamm-Akt. Lists various railway stocks.

Table with columns: Div. Eisenb.-Stamm-Akt. Lists various railway stocks.

Table with columns: Div. Eisenb.-Stamm-Akt. Lists various railway stocks.